

Kopie

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – 10179 Berlin

II D 31

Grundstücksgesellschaft Straße der Pariser
Kommune 8 mbh & Co KG
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Bearbeiter	Karajannis
Zeichen	II D 31 - 6793/07-00027
Dienstgebäude:	
Brückenstr. 6	
10179 Berlin - Mitte	
Zimmer	3126
Telefon	030 9025-2069
Fax	
intern	(925)
Datum	22.05.2017

Grundwasserbenutzungen auf dem Grundstück Straße der Pariser Kommune 8 in 10243 Berlin

Antrag vom 08.03.2017
Anhörung vom 13.04.2017

Anlagen: Aufgabenbeschreibung und Muster für Überwachungs- und Abschlussbericht des Betriebsbeauftragten

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 08.03.2017 wurde für Sie beantragt, im Rahmen des o. a. Bauvorhabens eine Grund- bzw. Restwasserhaltungsmaßnahmen (in einer Trogrbaugrube) durchführen zu dürfen. Die dabei zu entnehmende und abzuleitende Gesamtfördermenge wurde mit ca. 30.100 m³ berechnet.

Darüber hinaus sollen ca. 1.000 m³ flüssige oder pastöse Stoffe (für eine HDI-Sohle) in das Grundwasser eingeleitet werden.





Die beantragten Grundwasserbenutzungen bedürfen gemäß § 8 ff WHG einer wasserbehördlichen Erlaubnis. Die Erlaubnis wird nach den Bestimmungen der §§ 8 bis 13 WHG auf der Grundlage des Antrages und der dazu eingereichten Unterlagen erteilt. Etwaige Abweichungen von dem zugrunde liegenden Antragsinhalt (z. B. in Bezug auf die Art oder Menge der Einsatzstoffe, Änderung

Sprechzeiten
nach telefonischer Vereinbarung

E-Mail
ivo.karajannis@senuvk.berlin.de
post@senuvk.berlin.de *
* Elektronische Zugangseröffnung gem. § 3a Abs. 1 VwVfG

Internet
www.berlin.de/sen/uvk

Fahrverbindungen:

-  2 U-Bhf. Märkisches Museum
-  8 U-Bhf. Jannowitzbrücke, Heinrich-Heine-Str.
-  5,7,75 S-Bhf. Jannowitzbrücke
-  Bus 147, 248, 265 U-Bhf. Märkisches Museum

Zahlungen bitte bargeldlos an die Landeshauptkasse Berlin:

Postbank Berlin	IBAN: DE47100100100000058100
Berliner Sparkasse	IBAN: DE25100500000990007600
Bundesbank, Filiale Berlin	IBAN: DE53100000000010001520

BIC: PBNKDEFFXXX
BIC: BELADEBEXXX
BIC: MARKDEF1100

der Bauausführung u. ä.) bedürfen einer neuen wasserbehördlichen Beurteilung und sind daher nicht von der erteilten Erlaubnis abgedeckt. Änderungen bedürfen ggf. einer entsprechenden Anpassung dieser.

Des Weiteren wurde beantragt, feste Stoffe in das Grundwasser einbringen zu dürfen. Es handelt sich dabei um ca. 900 m² einer Stahlspundwand (zur vertikalen Baugrubensicherung). Das geplante Einbringen von Stoffen in das Grundwasser wird entsprechend § 49 Abs. 1 WHG als nur anzeigepflichtig angesehen. Dieser Anzeigepflicht sind Sie nachgekommen.

Nachdem Sie von Ihrem Äußerungsrecht keinen Gebrauch gemacht haben, erteile ich Ihnen nach Abwägung aller zu berücksichtigenden Interessen den folgenden Bescheid.

Wasserbehördliche Erlaubnis

1. Gegenstand der wasserbehördlichen Erlaubnis zur Durchführung von Grundwasserbenutzungen bei dem Bauvorhaben auf dem Grundstück Straße der Pariser Kommune 8 in 10243 Berlin

1.1. Einleiten von Stoffen in das Grundwasser

Zum Zwecke der Herstellung der horizontalen Abdichtung der herzustellenden Trogbaugrube (Fläche ca. 991 m²) dürfen bis zu 1.000 m³ einer Trinkwasser-Zementsuspension bis zu einer maximalen Ordinate von NHN +26,25 m in das Grundwasser eingeleitet werden.

1.2. Entnahme von Grund- bzw. Restwasser

Das innerhalb der herzustellenden quasi wasserdichten Trogbaugrube (Fläche ca. 991 m²) anfallende Grund- bzw. Restwasser (inklusive Lenzwasser) darf mittels geeigneter Fördertechnik bis auf eine Ordinate von maximal NHN + 29,55 m abgesenkt sowie für die Dauer von 124 Tagen (inklusive Lenzzeit) mit einer maximalen Förderrate von 10 m³/h sowie einem maximalen Umfang von 31.000 m³ entnommen werden.

Insgesamt dürfen im Rahmen des Bauvorhabens 1.000 m³ flüssige oder pastöse Stoffe in das Grundwasser eingeleitet sowie maximal 31.000 m³ Grund- bzw. Restwasser entnommen werden.

Die Ab-/Einleitungsart des Förderwassers ist in den Auflagen der Erlaubnis geregelt.

2. Zugrunde liegende Unterlagen

Der Erlaubnis liegen folgende Unterlagen maßgeblich zugrunde:

- Antragsunterlagen vom 08.03.2017
- Stellungnahme des örtlich zuständigen Umweltamtes Friedrichshain-Kreuzberg vom 05.04.2017

Die Antragsunterlagen können von Dritten nach Vereinbarung bei der Wasserbehörde eingesehen werden.

Bestandteile der Erlaubnis:

- Anlage A: Tätigkeit des Betriebsbeauftragten
- Anlage B: Überwachungsbericht des Betriebsbeauftragten
- Anlage C: Abschlussbericht des Betriebsbeauftragten

3. Nebenbestimmungen

3.1. Befristung

Die wasserbehördliche Erlaubnis erlischt mit Ablauf des **31.12.2018**.

3.2. Bedingungen

Bis zur Erfüllung der folgenden Bedingungen ist die erteilte Erlaubnis nicht rechtswirksam. Es dürfen also noch keine Grundwasserbenutzungen vorgenommen werden.

- 3.2.1. Vor dem Beginn der Grundwasserbenutzungen muss die Bestellung eines Betriebsbeauftragten sowie seines Vertreters entsprechend Anlage A der wasserbehördlichen Erlaubnis mit vollem Namen, Adresse, E-Mail Adresse, Telefax- und Telefonnummer nachgewiesen werden. Der Wasserbehörde – II D 31 – muss der Umfang der Leistungen schriftlich mitgeteilt werden, der der Beauftragung zu Grunde liegt. Die Beauftragung des Betriebsbeauftragten und des Vertreters muss direkt durch den Bauherrn erfolgen.
- 3.2.2. Vor Beginn der Grundwasserbenutzungen muss der Wasserbehörde durch den Erlaubnisinhaber ein diesbezüglich verantwortlicher Ansprechpartner der Bau- oder Projektleitung mit allen Kontaktdaten schriftlich benannt werden, der die Unterlagen für die Umsetzung der Forderungen dieses Bescheides (Erfüllung der Nebenbestimmungen) prüft und an die Wasserbehörde übersendet.
- 3.2.3. Vor Beginn der Grundwasserbenutzungen müssen an der unmittelbar angrenzenden Bebauung Dritter (Entfernung von bis zu 10 m vom Trogbaugrubenrand, inkl. unterirdischer Bauwerke), durch eine entsprechende Fachfirma vollständige innen- sowie außenseitige Beweissicherungen durchgeführt werden, bei denen auch auf Anhaltspunkte für eine Schädigung der Gründung zu achten ist. Die Durchführung der Beweissicherungen ist über den Betriebsbeauftragten bei der Wasserbehörde nachzuweisen.

Des Weiteren müssen unter Berücksichtigung der DIN 4107 und DIN 18710 Setzungsbeobachtungen mit ausreichender Genauigkeit durchgeführt werden, mit denen Schäden, die durch die Grundwasserbenutzung hervorgerufen werden, erkannt werden können.

Das entsprechende bauzeitliche Überwachungskonzept (Turnus von Setzungsbeobachtungen usw.) sowie die Ergebnisse der Beweissicherungen und der Setzungsbeobachtungen müssen der Wasserbehörde mit einer Bewertung durch den Betriebsbeauftragten vor dem Beginn der Grundwasserbenutzungen schriftlich vorgelegt werden.

Die Wasserbehörde – II D 31 – muss über sämtliche Ergebnisse spätestens 3 Tage vor Beginn der Grund- bzw. Restwasserabsenkung schriftlich informiert werden.

- 3.2.4. Vor Beginn der Grundwasserbenutzungen müssen die für die Grundwasserbenutzungen jeweils einzusetzenden Materialien und Baustoffe/-produkte (flüssige und pastöse Stoffe) durch den Betriebsbeauftragten bei der Wasserbehörde schriftlich benannt werden. Für geregelte/genormte Produkte muss die Leistungserklärung des Herstellers beigebracht

werden. Für andere Produkte muss jeweils ein unabhängiger Nachweis ihrer Grundwasserverträglichkeit beigelegt werden. Es darf nur Wasser mit Trinkwasserqualität verwendet werden.

Sollen Stoffe verwendet werden, die nicht geregelt/genormt sind, muss der entsprechende Nachweis der Grundwasserverträglichkeit durch den Erlaubnisinhaber geführt werden (z. B. entsprechende allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen aus dem Bereich „Zulassungen für den Umweltschutz“; Nachweis entsprechend DIBt-Merkblatt „Auswirkungen von Bauprodukten auf Boden und Grundwasser“ akt. Fassung, LAWA u. a.).

- 3.2.5. Vor Beginn der Grundwasserbenutzungen muss der Wasserbehörde – II D 31– ein vom Betriebsbeauftragten bewertetes Qualitätssicherungs- und Havariekonzept der ausführenden Firma (endgültige Ausführungsplanung, Bauzeitenplan, Verfahrensbeschreibung, Beherrschung unplanmäßiger Vorkommnisse z. B. Probleme Bohrfahlherstellung, Ausfall der Wasserhaltungsanlage) eingereicht werden.

Dieses Konzept muss mindestens ein Überwachungsprogramm zur kurzfristigen Erkennung von Schäden o. ä., eine Alarmierungsliste der Verantwortlichen (inkl. ggf. erforderlicher Rettungskräfte) mit aktuellen Telefonnummern sowie mögliche Gegenmaßnahmen enthalten. Die für die Gegenmaßnahmen erforderlichen Gerätschaften und Einrichtungen müssen in der Zeit eines möglichen Einsatzes funktionsbereit auf der Baustelle vorgehalten werden. Die Beteiligung Dritter muss entsprechend der zu erwartenden Auswirkungen der Havarie mit der Wasserbehörde auf der Grundlage der Betroffenheiten abgestimmt werden. Die sich aus den Beteiligungen ergebenden Forderungen müssen in das Havariekonzept aufgenommen werden.

- 3.2.6. Vor Beginn der ersten Grund- bzw. Restwasserentnahme muss der Wasserbehörde – II D 31– die erfolgte Herstellung von mindestens 8 Grundwassermessstellen (4 Außengrundwassermessstellen und 4 Innengrundwassermessstellen) nachgewiesen werden. Die geplante Anordnung aller Grundwassermessstellen muss ausreichend vor deren Herstellung mit der Wasserbehörde – II D 31 – abgestimmt werden.

- 3.2.7. Der Ausbau der Grundwassermessstellen muss bei mineralischen Schichten mit einer 2,0 m langen Filterstrecke erfolgen, wobei selbige auf Höhe des Ruhewasserspiegels beginnt. Bei stauenden organischen Schichten (z. B. Torfe, Mudden) muss der Ausbau der Filterstrecke unterhalb dieser Schichten mit 2,0 m Länge erfolgen. In den Ringraum der Messstellen darf nur inertes Material eingebaut werden.

- 3.2.8. Alle hergestellten Grundwassermessstellen müssen nach Lage und Höhe eingemessen werden. Dabei muss sich die Lageeinmessung auf derzeit bestehende unveränderliche Bauwerke (z. B. Fahrbahnrand, Gebäudekanten) beziehen. Die Angabe der eingemessenen Höhenkoten muss in NHN m erfolgen. Des Weiteren muss die Funktionsfähigkeit sowie die Ergebnisse einer Nullmessung der jeweiligen Messstellen nachgewiesen werden.

- 3.2.1. Der Wasserbehörde muss vor Beginn der Grund- bzw. Restwasserförderungen ein Bestandsplan eingereicht werden, auf dem die Lage aller o. g. Grundwassermessstellen, der Innenmessstellen zur Überwachung der Absenkziele und der Brunnenstandorte/die Lage aller vorhandenen Anlagen zur Grundwasserentnahme, auch von Dränagen, die Rohrleitungsführung sowie alle Ein-/Ableitstellen in einen öffentlichen Kanal oder ein Gewässer eingetragen ist. Bei wesentlichen Änderungen muss der Wasserbehörde ein aktualisierter Plan nachgeliefert werden. Die Ausbaudaten der Brunnen/der Wasserhaltungsanlagen usw. und aller Messstellen müssen der Wasserbehörde übergeben werden.

Es muss eine Nullmessung aller Innenmessstellen und deren Funktionsfähigkeit nachgewiesen werden. Die Schichtenverzeichnisse und Ausbauunterlagen der Innenmessstellen, der Brunnen und der Kleinfilteranlage, die Lage der Dränagen und der Wasserhaltungsanlage müssen zur Prüfung und Bestätigung über den Betriebsbeauftragten an die Wasserbehörde übersandt werden.

- 3.2.2. Vor Beginn der Grund- bzw. Restwasserförderungen müssen die nicht zu unterschreitenden Absenkungen (Alarmierungs- und Grenzwerte) an allen Grundwassermessstellen zur Überwachung der Auswirkungen der Wasserabsenkungen festgelegt werden. Die Alarmierungs- und Grenzwerte müssen ermittelt und der Wasserbehörde mit der Bewertung des Betriebsbeauftragten zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt werden.
- 3.2.3. Vor Beginn des Lenzens des Troges muss ein Pumpversuch durchgeführt werden, bei dem die geplante Dichtheit von 1,5 l/s x 1.000 m² nachgewiesen werden muss. Das vom Betriebsbeauftragten geprüfte Konzept des Pumpversuches muss vor der geplanten Durchführung bei der Wasserbehörde eingereicht und bestätigt werden. Das vom Betriebsbeauftragten bewertete Ergebnis des Pumpversuches muss der Wasserbehörde unverzüglich übermittelt werden (Dichtheitsnachweis). Mit der Restwasserhaltung darf erst nach Zustimmung durch die Wasserbehörde begonnen werden.
- 3.2.4. Vor dem Beginn der Grund- bzw. Restwasserförderungen muss der Wasserbehörde der Nachweis über die Ausrüstung mit zugelassenen Wasseremengemesseinrichtungen entsprechend Auflage 3.3.7 eingereicht werden.
- 3.2.5. Mit der Wasserbehörde – II D 31 – muss vor dem geplanten Beginn der Grund- bzw. Restwasserentnahme über den Betriebsbeauftragten ein Termin zur Abnahme der Wasserhaltungsanlage vereinbart werden. Dies betrifft auch die Abnahme von Teilmaßnahmen.
- 3.2.6. Vor Beginn der Grund- bzw. Restwasserförderungen muss der Wasserbehörde die Genehmigung der Berliner Wasserbetriebe (www.bwb.de) zu den Ableitungen des geförderten Grundwassers in einen öffentlichen Kanal übersandt werden.

3.3. Allgemeine Auflagen

- 3.3.1. Jede Änderung der Bauausführung bzw. des beantragten Vorhabens mit Bezug auf den wasserrechtlichen Erlaubnisgegenstand oder die Nebenbestimmungen sowie der Verzicht auf die Inanspruchnahme der wasserbehördlichen Erlaubnis müssen der Wasserbehörde unverzüglich schriftlich angezeigt werden.
- 3.3.2. Eine Ausfertigung des Bescheides muss während der Baumaßnahmen auf der Baustelle aufbewahrt und den zur Prüfung berechtigten Personen nach Aufforderung unverzüglich vorgelegt werden. Den Mitarbeitern der Wasserbehörde müssen bei Baustellenkontrollen alle ermittelten Daten, soweit sie in dieser Erlaubnis gefordert wurden, zugänglich gemacht werden.
- 3.3.3. Jeder Eigentums- und Besitzwechsel des Grundstückes, auf dem die Grundwasserbenutzung erfolgt, muss der Wasserbehörde mit Angabe des Aktenzeichens mitgeteilt werden.
- 3.3.4. Die Wasserbehörde – II D 31 – muss über den Betriebsbeauftragten unterrichtet werden, wenn die erlaubten Grundwasserbenutzungen begonnen, unterbrochen oder eingestellt werden.
- 3.3.5. Schäden, die durch die Grundwasserbenutzungen verursacht werden können, muss durch geeignete planerische und baustellenseitige Maßnahmen vorgebeugt werden.
- Dazu zählen insbesondere Vegetationsschäden, Verschleppungen von Grundwasserverunreinigungen, Setzungsschäden an benachbarter Bebauung sowie Wasser- und Bodeneinbrüche in die Baugrube usw.
- Sich abzeichnende Schäden müssen der Wasserbehörde, bei Bedarf auch der zuständigen bezirklichen Umweltschutzbehörde unverzüglich schriftlich angezeigt und in behördlicher Abstimmung mit dem Eigentümer beseitigt werden.

- 3.3.6. Auf der Baustelle muss sichergestellt werden, dass ein Unfall oder ein unsachgemäßer Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vermieden wird.

Die Wartung und Reinigung von Baumaschinen muss auf versiegelten Flächen außerhalb der Baugruben vorzunehmen. Das Nachfüllen von Treibstoffen muss ebenfalls auf versiegelten Flächen bzw. über Auffangwannen erfolgen.

- 3.3.7. Die Grund- bzw. Restwasserfördermengen müssen erfasst werden. Es dürfen dafür nur geeichte Wassermengenmessenrichtungen verwendet werden. Diese müssen den Bedingungen des Mess- und Eichgesetzes (MessEG) und der Eichordnung in der jeweils gültigen Fassung entsprechen. Dies beinhaltet zudem Wassermengenmessenrichtungen, deren Konformität mit einer Konformitätserklärung nach der Richtlinie 2004/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31.3.2004 über Messgeräte (MID) – Abl. L 135 vom 30.4.2004 – in der jeweils gültigen Fassung nachgewiesen wurde. Bei diesen Geräten ist der Wasserbehörde die Konformitätserklärung vorzulegen.

Die verwendeten Wassermengenmessenrichtungen müssen der Wasserbehörde mit ihren jeweiligen Kenndaten (Gerätetyp, Fabrikationsnummer und Zählerstand) sowie ihrer Anordnung im Ein-/Ableitsystem gemeldet werden. Ein Wechsel von Wassermengenmessenrichtungen muss der Wasserbehörde – II D 31 – unverzüglich mit Angabe der neuen Kenndaten über den Betriebsbeauftragten angezeigt werden.

Zur korrekten Erfassung der Grund- bzw. Restwasserfördermengen müssen die Wassermengenmessenrichtungen nach den Absetzbecken installiert werden.

- 3.3.8. Die Wassermengenmessenrichtungen müssen entsprechend den Zulassungsbedingungen eingebaut werden und zugänglich sein. Falls aus Sicherheitsgründen die Wassermengenmessenrichtungen verschlossen sein müssen, müssen dem Betriebsbeauftragten und der Wasserbehörde – II D 31 – die entsprechenden Schlüssel zur Kontrolle der Anlage ausgehändigt werden oder die Anlagen müssen bei Kontrollen zugänglich gemacht werden. Die Zugänglichkeit zu den Wassermengenmessenrichtungen und die Erkennbarkeit/Prüfbarkeit der Eichung muss vom Beginn bis zum Ende der Wasserhaltung gewährleistet werden.

- 3.3.9. Die Überwachung der Grundwasserbenutzungen muss durch den bestellten Betriebsbeauftragten erfolgen. Es müssen Überwachungsberichte und ein Abschlussbericht erstellt und der Wasserbehörde übergeben werden. Der Leistungsumfang sowie das Berichtswesen des Betriebsbeauftragten sind in den Anlagen A bis C der Erlaubnis festgelegt.

- 3.3.10. Nach Beendigung der Grundwasserbenutzungen müssen an der unmittelbar angrenzenden Bebauung Dritter (Entfernung von bis zu 10 m vom Trogbaugrubenrand, inklusive unterirdischer Bauwerke), durch eine entsprechende Fachfirma abschließende vollständige innen- sowie außenseitige Beweissicherungen durchgeführt werden. Die Durchführung der Beweissicherungen muss über den Betriebsbeauftragten bei der Wasserbehörde nachgewiesen werden.

Des Weiteren müssen unter Berücksichtigung der DIN 4107 und DIN 18710 abschließende Setzungsbeobachtungen mit ausreichender Genauigkeit durchgeführt werden. Das entsprechende Ergebnis muss der Wasserbehörde mit einer Bewertung durch den Betriebsbeauftragten schriftlich vorgelegt werden.

3.4. Auflagen für das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser

Unterhalb des zeHGW/HGW dürfen nur geeignete natürliche ungebrauchte Stoffe oder Material mit der Klassifizierung Z0 LAGA eingebracht werden, z.B. für die Sauberkeitsschicht, das Verfüllen von Vorbohrungen und die Baugrundverbesserung. Achtung keine Auflage für das Einbringen von Stoffen möglich

3.5. Auflagen zur Grundwasserentnahme

- 3.5.1. Die Grundwasserstände aller Messstellen müssen während der Grund- bzw. Restwasserförderungen arbeitstäglich ermittelt, aufgezeichnet, bewertet und wöchentlich über den Betriebsbeauftragten an die Wasserbehörde übersandt werden. Dabei muss durch Überwachung des Grundwasserstandes in der Baugrube die Grundwasserentnahme so gesteuert werden, dass das angestrebte Absenkziel nicht unterschritten und nur das dafür notwendige Grundwasservolumen gefördert wird.
- 3.5.2. Bei Erreichen der festgelegten Alarmierungs- und Grenzwerte in den Grundwassermessstellen muss die Wasserbehörde unverzüglich über den Betriebsbeauftragten informiert und das weitere Vorgehen abgestimmt werden.
- 3.5.3. Die entnommenen Grund- bzw. Restwassermengen müssen arbeitstäglich in jedem Ableitstrang gesondert durch zugelassene und geeichte Wassermengenmesseinrichtungen ermittelt und aufgezeichnet werden. Diese Messwerte müssen der Wasserbehörde – II D 31 – sowohl in tabellarischer als auch in graphischer Form über den Betriebsbeauftragten wöchentlich übergeben werden.
- 3.5.4. Es muss für die Dauer der erlaubten Grundwasserbenutzungen ein Wasserbuch geführt werden. In das Wasserbuch müssen neben den Daten der Grundwassermessstellen auch die Daten der Messungen der Grund- bzw. Restwasserfördermengen täglich/arbeitstäglich eingelesen werden. Dabei müssen die Daten in jedem Ableitstrang gesondert erfasst werden. Es müssen weiterhin Eintragungen über Pegelkürzungen oder -verlängerungen, Brunnenregulierungen, Pumpenausfälle, Ausfälle und Wechsel der Wasseruhr etc. aufgenommen werden.

3.6. Auflagen zur Grund- bzw. Restwasserab-/einleitung

- 3.6.1. Ab Beginn der Grund- bzw. Restwasserhaltung muss das geförderte Grundwasser in die öffentliche Mischwasserkanalisation/Schmutzwasserkanalisation (M-/S-Kanalisation) abgeleitet werden. Erst nach Vorlage einer Analyse und Zustimmung durch die Wasserbehörde – II D 31– darf das Wasser in ein Oberflächengewässer oder die öffentliche Regenwasserkanalisation (R-Kanalisation) eingeleitet werden.
- 3.6.2. Die Qualität des geförderten Wassers muss von einem für Grund- bzw. Restwasserbeprobungen und -untersuchungen akkreditierten Fachlabor beprobt und auf die folgenden Parameter untersucht (Hahnproben) werden:

pH-Wert, Leitfähigkeit, Färbung, Temperatur, Ammonium, Blei, leicht freisetzbare Cyanide, Eisen, Chrom, Nickel, Quecksilber, Cadmium, Kupfer, Zink, LCKW (Leichtflüchtige Chlorierte Kohlenwasserstoffe oder Leichtflüchtige Chlorkohlenwasserstoffe) mit VC (Vinylchlorid), MKW (Mineralölkohlenwasserstoffe), DOC (Dissolved Organic Carbon ~ Gelöster organischer Kohlenstoff), PAK (Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe – nach US EPA), BTEX (Aromatische Kohlenwasserstoffe), AOX, Sulfat, Nitrat, Chlorid, absetzbare Stoffe und abfiltrierbare Stoffe

Die Bestimmungsgrenzen müssen unterhalb der Geringfügigkeitsschwellenwerte (GFS) gemäß Berliner Liste (2005) liegen.

Ab dem Beginn der Grund- bzw. Restwasserentnahme ist das geförderte Grundwasser nach 24 Stunden sowie nachfolgend zunächst im wöchentlichen Abstand zu untersuchen.

Die Untersuchungsergebnisse und das Probenahmeprotokoll müssen jeweils unverzüglich über den Betriebsbeauftragten der Wasserbehörde – II D 31 – sowie dem zuständigen örtlichen Umweltamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin – UmNat 21, Frau Herzog – (E-Mail: altlasten@ba-fk.berlin.de, Tel.: 90 298 4475, Fax: 90 298 2727) übersandt werden.

Zusätzliche Förderwasserbeprobungen, weitere zu analysierende Schadstoffparameter, geänderte Intervalle sowie die Einleitung weiterer Schritte (z. B. Setzen von weiteren Messstellen, Einleiten von Abwehrmaßnahmen) werden bei Bedarf von der Wasserbehörde – II D 3 – festgelegt bzw. über den Betriebsbeauftragten abgestimmt oder können auf Antrag angepasst werden.

- 3.6.3. Weist das Grund- bzw. Restwasser einen pH-Wert über 8,5 auf, muss vor der Ableitung eine Neutralisation mit Kohlensäure erfolgen. Die Kohlensäuredosierung muss durch Messung des pH-Wertes im Zulauf so gesteuert werden, dass im Ablauf ein pH-Wert zwischen 8,5 und 6,5 erreicht wird. Der pH-Wert im Ablauf muss durch eine zweite Messung kontinuierlich ermittelt und aufgezeichnet werden.
- 3.6.4. Fehlfunktionen der Anlage bzw. Überschreitungen des Ableitgrenzwertes müssen zur unmittelbaren Behebung des Schadens führen. Der Verbrauch an CO₂ muss im Wassertagebuch dokumentiert werden. Die Lieferscheine für die Beschickung der Neutralisation mit CO₂ müssen der Wasserbehörde auf Verlangen vorgelegt werden.
- 3.6.5. Bei Einhaltung der in der folgenden Tabelle für die einzelnen Parameter festgelegten Werte darf das Grund- bzw. Restwasser ohne erneute Zustimmung der Wasserbehörde in die R-Kanalisation oder in ein Oberflächengewässer eingeleitet werden.

Bei Überschreitung der in der folgenden Tabelle genannten Werte bzw. Konzentrationen muss die Wasserbehörde, II D 31, unverzüglich per Telefax oder per Email informiert werden. Es wird dann entschieden, ob eine Reinigungsanlage installiert oder eine Änderung der Ab-/Einleitungsart erfolgen muss.

Parameter	Einleitung in die R-Kanalisation oder ein Oberflächengewässer
pH-Wert	6,5 – 8,5
Leitfähigkeit	1.800,0 µS/cm
Ammonium	5,0 mg/l
Blei	20,0 µg/l
leicht freisetzbares Cyanid	10,0 µg/l
Eisen	2,0 mg/l
Chrom	50 µg/l
Nickel	50 µg/l
Quecksilber	1 µg/l
Cadmium	5 µg/l
Kupfer	20 µg/l
Zink	500 µg/l
Σ LCKW	10,0 µg/l
Vinylchlorid	5,0 µg/l
MKW	1,0 mg/l
DOC	10,0 mg/l
PAK	5,0 µg/l
BTXE	10,0 µg/l
Sulfat	400 mg/l

Parameter	Einleitung in die R-Kanalisation oder ein Oberflächengewässer
Nitrat	50 mg/l
AOX	25 µg/l
Absetzbare Stoffe	0,3 ml/l
Abfiltrierbare Stoffe	30,0 mg/l

- 3.6.1. Das geförderte Grund- bzw. Restwasser muss vor der Einleitung in die öffentliche R-Kanalisation oder in ein Oberflächengewässer belüftet werden. Der anfallende Eisenschlamm muss zurückgehalten werden.
- 3.6.2. Die sandfreie Förderung muss arbeitstäglich kontrolliert, dokumentiert und wöchentlich über den Betriebsbeauftragten nachgewiesen werden.
- 3.6.3. Zur Ableitung des Grund- bzw. Restwassers bei Kontaminationen müssen während der gesamten Dauer der Grund- bzw. Restwasserförderung ausreichend viele Ableitstellen in die öffentliche M-/S-kanalisation betriebsbereit vorgehalten werden, es sei denn, diese lassen sich bei Bedarf innerhalb eines Tages errichten.
- 3.6.4. Nach Beendigung der Grundwasserbenutzungen müssen eventuelle Schäden an Ab-/Einleitbauwerken bzw. -schächten, an Gewässerufeln oder -sohlen sowie in der Kanalisation nach Abstimmung mit dem Eigentümer umgehend beseitigt werden.
- 3.6.5. Alle Anlagen zur Grund- bzw. Restwasserförderung und Ein-/ableitung einschließlich der Rohrleitungen müssen unverzüglich nach Beendigung der Grundwasserentnahme, jedoch spätestens bis zum Ablauf der Erlaubnis, beseitigt und der frühere Zustand wiederhergestellt werden.
- 3.6.6. Nach Beendigung der Grund- bzw. Restwasserentnahme muss der Wasserbehörde – II D 31– der Zeitraum der Förderung sowie das geförderte Gesamtvolumen mitgeteilt und der Abschlussbericht des Betriebsbeauftragten gemäß Anlage C der wasserbehördlichen Erlaubnis übersandt werden.

4. Begründung

4.1. Allgemeines

Die formellen und materiellen Voraussetzungen für die Erteilung der wasserbehördlichen Erlaubnis sind mit den Nebenbestimmungen erfüllt.

Die Erteilung von Bedingungen und Auflagen erfolgt auf der Grundlage des § 13 WHG in Verbindung mit § 14 BWG. Die Überwachungs- und Kontrollaufgaben der Wasserbehörde bzw. die Aufgaben und Befugnisse der Gewässeraufsicht ergeben sich aus den §§ 100, 101 WHG, 67, 68 und 69 BWG.

Die mit der Erlaubnis festgesetzten Auflagen und Bedingungen bezüglich der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen sind gerechtfertigt, da nur so die erforderliche, einwandfreie Überwachung der Maßnahmen gewährleistet werden kann.

Wegen der direkten Auswirkungen durch die Grundwasserbenutzungen auf andere Grundstücke und die Schutzgüter wurde behördenintern die zuständige Altlastenbehörde beteiligt.

Die erlaubnisbezogenen Anforderungen zur Vermeidung negativer Schäden an Schutzgütern und zum Schutz der Belange Dritte, insbesondere zu den Beweissicherungen und zur Überwachung der Grundwasserbenutzungen, werden als Nebenbestimmungen in die Erlaubnis aufgenommen.

Die Ausführung der zu fordernden Beweissicherungen ist mit dem Zugang zum Gelände und zu den Anlagen der Betroffenen verbunden, so dass es deren Mitwirkung bedarf; privat- bzw. nachbarrechtliche Belange sind dabei nicht Gegenstand des wasserrechtlichen Verfahrens.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass unter Berücksichtigung der dargestellten Belange eine wasserbehördliche Erlaubnis zur Durchführung von Grundwasserbenutzungen im Rahmen des o. a. Bauvorhaben erteilt werden kann.

4.2. Allgemeine Auflagen

Die gesetzlichen Ordnungsaufgaben können nur in Kenntnis der tatsächlichen Bauausführung wahrgenommen werden. Die Grundlage für die Bedingungen und Auflagen ergibt sich aus der Überwachung der erlaubten Grundwasserbenutzung nach § 101 WHG und § 67 ff. BWG.

Nach § 101 WHG bzw. § 69 BWG muss den Vertretern der Wasserbehörde jederzeit Zutritt zur Baustelle und den Betriebsstätten, Einblick in Unterlagen und die Entnahme von Baustoffen und Bauteilen gestattet werden. Es müssen Auskünfte erteilt, technische Ermittlungen und Prüfungen ermöglicht sowie Werkzeuge und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

Die Forderung der Ausrüstung mit Wassermengenmesseinrichtungen und der Aufzeichnung der Messergebnisse erfolgt nach § 67a BWG in Verbindung mit § 13a BWG zur Erfassung der Grundwasserentnahmen. Art, Aufstellungsort, Betrieb der Geräte und die Form der Aufzeichnung können demnach durch die Wasserbehörde festgelegt werden.

Die Verwendung von geeichten Wassermengenmesseinrichtungen ergibt sich aus dem Mess- und Eichgesetz (MessEG) und der Eichordnung in der jeweils gültigen Fassung. Messgeräte, die im Umweltschutz verwendet werden, müssen zugelassen und geeicht sein. Nur durch die geeichten Messgeräte werden die genaue Erfassung der geförderten Grundwassermengen und damit die Bemessung des Grundwasserentnahmeentgeltes auf der Grundlage der tatsächlich geförderten Menge gewährleistet.

Dies rechtfertigt ebenfalls die Festlegung, dass der Nachweis über die Ausrüstung mit den vorgenannten Geräten vor Beginn der erlaubten Grundwasserbenutzungen erfolgen muss.

Bei der Errichtung von Brunnen und Grundwassermessstellen muss der Verbindung unterschiedlicher Grundwasserleiter und damit dem Austausch verschiedener Grundwasserhorizonte mit unterschiedlichen Wasserqualitäten und Belastungsgraden vorgebeugt werden. Verhindert wird dies durch bindige wassersperrende Schichten im Untergrund. Der Rückbau von Brunnen und Grundwassermessstellen entsprechend den Anforderungen an den Grundwasserschutz auf Kosten des Erlaubnisinhabers ergibt sich aus § 21 BWG.

4.3. Einleiten von Stoffen

Nach § 48 Abs. 1 WHG dürfen nur Stoffe in das Grundwasser eingeleitet werden, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.

4.4. Auflagen zur Grundwasserentnahme und zur Grundwasserab-/einleitung

Nach § 13 WHG können durch Auflagen Maßnahmen zur Beobachtung oder zur Feststellung des Zustandes vor der Benutzung und von den Beeinträchtigungen und nachteiligen Wirkungen durch die Benutzung angeordnet werden.

Die Ermittlung der Grundwasserstände, grafische Aufarbeitung und Auswertung dient der Kontrolle der Auswirkungen der Benutzung.

Mit den Bestandsplänen über die vorhandenen Anlagen im Zusammenhang mit den erlaubten Benutzungen soll die Kontrolle unterstützt und die Übereinstimmung mit der Erlaubnis nachgewiesen werden.

Eine Baugrund- und Gründungsuntersuchung ist im Vorfeld der Antragstellung erfolgt und z.T. Gegenstand der Antragsunterlagen.

Festlegungen zur Art der Bauausführung werden nicht getroffen, da diese über den Gegenstand der Erlaubnis hinausgehen. Soweit bei der Errichtung die Standsicherheit benachbarter Gebäude gefährdet wird, fällt dies unter den Regelungsbereich des bauaufsichtlichen Verfahrens.

Sofern die Festlegung zu den Überwachungs- und Sicherungsmaßnahmen zwingend vor Beginn der Grundwasserbenutzungen erfüllt sein müssen, sind diese als Bedingungen mit der Erlaubnis verbunden.

Durch die geforderten Beweissicherungen, Setzungsmessungen und Nullmessungen wird die Feststellung des Ist-Zustandes gewährleistet. Die Errichtung des Messstellennetzes muss vor Beginn nachgewiesen werden, da nur so eine kontinuierliche Überwachung der Auswirkungen (Wasserstand) gewährleistet ist.

Zur Beurteilung der Auswirkungen und zur Vorbeugung von negativen Auswirkungen der Grundwasserbenutzungen auf die umliegende Bebauung werden umfangreiche Überwachungs- und Qualitätssicherungsmaßnahmen gefordert.

Dazu gehören

- die bautechnischen Beweissicherungen und Setzungsmessungen an den angrenzenden Nachbarbebauungen und Anlagen vor, während und nach den Grundwasserbenutzungen unter Berücksichtigung erlaubnisbezogener Forderungen der betroffenen Nachbarn,
- die Errichtung eines abgestimmten Grundwassermessstellennetzes mit der Überwachung der Grundwasserstände und der Grundwassergüte hinsichtlich der Schutzgüter und der Belange Dritter inkl. des diesbzgl. Monitorings,
- Überwachung der Förderwasserqualität zur Regelung der Ableitung und auf Grund der Beteiligung der Altlastenbehörde mit Nullbeprobung und baubegleitender Überwachung,

Die auch in diesem Zusammenhang geforderte Bestellung eines Betriebsbeauftragten ergibt sich aus § 13 Abs. 2 Nr. 3 WHG und gewährleistet eine konzentrierte und fachkundige Überwachung und Ausführung der Sicherungsmaßnahmen.

Es wird ein von den bauausführenden Firmen unabhängiger Betriebsbeauftragter gefordert, um Interessenkonflikte bei der Beauftragung zu vermeiden.

Die geforderte Ausbildung und Berufserfahrung ist erforderlich, um die in der Auflage festgelegten Anforderungen zu gewährleisten.

Der Aufgabenkatalog orientiert sich an den bei diesem Bauvorhaben notwendigen Kontrollmaßnahmen zur Vermeidung negativer Auswirkungen.

Nach § 14 Abs. 2 BWG muss bei der Erteilung einer Erlaubnis für eine Benutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG die wasserwirtschaftlich einwandfreie Ab-/Einleitung des Wassers nach Gebrauch gewährleistet werden.

Es ist daher erforderlich, die regelmäßige Beprobung des geförderten Grundwassers auf für den Grundwasserschutz relevante Parameter durch ein akkreditiertes Fachlabor durchführen zu lassen und die für die Ab-/Einleitung einzuhaltenden Werte festzulegen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Analytik muss dann der Ab-/Einleitungsort in der Erlaubnis bestimmt werden.

Die Durchführung der Analysen wird auf der Grundlage des § 68 BWG gefordert.

Demnach muss, wer Stoffe in eine Gewässer oder in eine öffentliche Abwasseranlage einleitet oder zum Zweck der Beseitigung versickern oder verrieseln lässt, diese Stoffe auf Anordnung der Wasserbehörde auf seine Kosten physikalisch bzw. chemisch untersuchen lassen. Die Abstände, der Umfang und der Probenahmeort werden durch die Wasserbehörde bestimmt. Die Ergebnisse müssen der Wasserbehörde und dem zuständigen Umweltamt vorgelegt werden.

Das zu fördernde Grund- bzw. Restwasser muss aufgrund der nicht vorhandenen aktuellen Analytik bei Ab-/Einleitung in die öffentliche M-/S-Kanalisation zunächst von einem Fachlabor beprobt werden.

Bei dem Nachweis einer ausreichenden Qualität kann das Förderwasser in die R-kanalisation bzw. ein Gewässer eingeleitet werden. Die Qualität des Förderwassers ist durch eine laufende Kontrolle von einem für Grundwasseruntersuchungen akkreditierten Fachlabor bei festgesetztem Analysenumfang nachzuweisen. Notfalls sind zur Sicherstellung der Qualität entsprechende Reinigungsanlagen zu errichten und zu betreiben.

Auflagen zum Vorhalten oder zumindest zu einer schnellstmöglichen Errichtung von technischen Anlagen (z. B. zur Reinigung) sind für den Fall erforderlich, dass bei der Überwachung festgestellt wird, dass negative Auswirkungen nicht auszuschließen sind. Die geforderten Anlagen sollen dann die in einem solchen Fall möglicherweise eintretenden Schädigungen verhindern.

4.5. Befristung

Die Befristung der Erlaubnis beruht auf § 13 Abs. 1 WHG. Auf Grund der sich ständig verändernden Grundwassersituation und Beeinflussungen durch andere Bauvorhaben muss die Erlaubnis für die geplanten Grundwasserbenutzungen auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt werden.

Dieser orientiert sich grundsätzlich an dem eingereichten Bauzeitenplan. Die Befristung dient der regelmäßigen Kontrolle und Anpassung der Erlaubnis an die Erfordernisse des Grundwasserschutzes und der Vermeidung negativer Auswirkungen durch zeitgleiche Baumaßnahmen oder andere beeinflussende Ereignisse.

5. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist die Klage vor dem Verwaltungsgericht zulässig. Sie ist innerhalb eines Monats vom Tage der Bekanntgabe/ Zustellung an bei dem Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten oder in elektronischer Form mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen (vgl. hierzu <http://www.berlin.de/erv>) einzulegen.

Der Klageschrift soll eine Abschrift beigelegt werden (wenn mehrere Beteiligte vorhanden sind, soll die erforderliche Zahl von Abschriften beigelegt werden).

Die Klage ist gegen das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz zu richten. Es wird darauf hingewiesen, dass bei schriftlicher Klageeinlegung die Klagfrist nur dann gewahrt ist, wenn die Klage innerhalb dieser Frist bei dem Verwaltungsgericht eingegangen ist

6. Hinweise

- 6.1. Durch die Erteilung der wasserbehördlichen Erlaubnis wird die Verpflichtung zur Einholung weiterer erforderlicher behördlicher Zulassungen bzw. privatrechtlicher Gestattungen nicht berührt.
- 6.1.1. Bei der Herstellung der Baugruben, der Verbauten, Bauhilfsmaßnahmen usw. müssen die zu beauftragenden Firmen die Vorgaben der technischen Normen und Regelwerke in der jeweils aktuellen Version erfüllen.

- 6.2. Wird bei den Arbeiten kontaminierter Boden vorgefunden, ist unverzüglich das örtlich zuständige Umweltamt zu informieren. Es ist entsprechend dem „Merkblatt zur Verhaltensweise beim Auffinden von Boden- und Grundwasserverunreinigungen“ vorzugehen:
- 6.3. Von allen Bohrungen (auch Baugrundaufschlussbohrungen) sind der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, VIII E 3, nach den Bestimmungen des § 5 Abs. 2 Satz 1 des Lagerstättengesetzes (LagerstG) Schichtenverzeichnisse zeitnah zuzusenden.
- 6.4. Beim Betrieb von Wasserhaltungen in der Nachbarschaft bewohnter Gebäude sind die Immissionsrichtwerte der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm-Geräuschimmissionen (AVV Baulärm) einzuhalten. Eine Ausnahmezulassung nach § 10 des Landesimmissionsschutzgesetzes Berlin (LImSchG Bln) muss bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, IX, C, gesondert vor Inbetriebnahme eingeholt werden.
- 6.5. Nach § 13a Abs. 1 BWG wird für das Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von mehr als 6.000 m³/a Grundwasser ein Entnahmeentgelt erhoben und mit gesondertem Bescheid festgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Lubosch

Es ist vom Bauherrn eine von den bauausführenden Firmen unabhängige natürliche Person im juristischen Sinn als Betriebsbeauftragter zu bestellen.

Die Unabhängigkeit des Betriebsbeauftragten ist gewährleistet, wenn bei diesem Bauvorhaben

- a) keine Beteiligung an bzw. Tätigkeit bei einem Bohrunternehmen, einer Tiefbaufirma oder einer Wasserhaltungsfirma besteht und
- b) keine Bauleitertätigkeit für die bauausführenden Firmen ausgeübt wird.

Der Betriebsbeauftragte muss in Bezug auf die auszuführenden Aufgaben zuverlässig sein. Er darf somit nicht wegen der Verletzung von Vorschriften des Umweltstrafrechts mit einer Strafe oder Geldbuße belegt worden sein und nicht über eine Eintragung in das Gewerbezentralregister verfügen.

Der Betriebsbeauftragte muss über eine abgeschlossene Hoch- bzw. Fachhochschulausbildung einer ingenieurtechnischen Fachrichtung wie Bauingenieurwesen, Geologie bzw. angewandte Geologie verfügen und mindestens 5 Jahre im Erd- und Grundbau tätig sein. Die Berufserfahrung muss in Form von Referenzobjekten nachgewiesen werden.

Die Bestellung umfasst ebenfalls die Benennung eines Vertreters. Der Auftrag muss folgende Aufgaben des Betriebsbeauftragten umfassen, die ausschließlich wasserrechtliche Belange abdecken müssen.

Tätigkeiten während der Baugrubenherstellungsarbeiten

- a) Überwachung der Herstellung der Trogbaugrube daraufhin, dass die angewandten Technologien und Bauverfahren sowie die eingesetzten Materialien und Baustoffe an die örtlichen Bodenverhältnisse angepasst werden sowie der wasserbehördlichen Erlaubnis entspricht. Hierfür ist sowohl die Planung zu überprüfen, als auch deren Ausführung auf der Baustelle durch mindestens 1 Baustellenbegehung pro Kalenderwoche zu überwachen.
- b) Unverzügliche Mitteilung von sich abzeichnenden Schäden im Bereich der Trogbaugrube, insbesondere an Bauwerken im Einflussbereich, die durch das Einleiten und Einbringen von Stoffen in das Grundwasser verursacht werden.
- c) Veranlassen von Nachbesserungen der betroffenen Bauteile bzw. intensivierte Beobachtungsmaßnahmen, z. B. weitere Setzungsmessungen.
- d) Gutachterliche Prüfung und Koordination der Planung von Gegenmaßnahmen in Abstimmung mit den an der Bauausführung Beteiligten und dem Bauherrn zur Abwehr drohender Gefahren, die nach Zustimmung der Wasserbehörde umzusetzen sind.
- e) Information der Wasserbehörde über besondere Vorkommnisse, direkter Eingriff in das Baugeschehen in konkreten Gefahrensituationen und Anordnung der erforderlichen Schritte zur Beherrschung der Situation.
- f) Erstellung von wöchentlichen Überwachungsberichten unter ausschließlicher Verwendung des als Anlage B der wasserbehördlichen Erlaubnis beigefügten Berichtsmusters.

Tätigkeiten während der Durchführung der Grund- bzw. Restwasserhaltungsmaßnahme

- g) Prüfung und fachliche Bestätigung sämtlicher Planungsunterlagen zur Grundwasserhaltungsanlage wie z. B. Brunnenausbauparameter (Anzahl, Durchmesser, Teufe, hydraulisches Fassungsvermögen usw.), Pegelausbauparameter (Anzahl, Durchmesser, Teufe, Verfilterung usw.) und eingesetzte Anlagentechnik (Brunnen, Vakuumspülfilter, Druckerzeugung, usw.).
- h) Prüfung und fachliche Bestätigung sämtlicher Ausführungsunterlagen zur errichteten Grundwasserhaltungsanlage sowie Durchführung einer vor Ort Kontrolle der Brunnen, Pegel und Anlagentechnik.
- i) Durchführung von mindestens 1 Baustellenbegehung pro Kalenderwoche zur Kontrolle der hydraulischen Anlagenfunktion sowie zur Überwachung der hydrogeologischen Situation im Hinblick auf die Vermeidung einer Gefährdung von Schutzgütern sowie deren Zustand und Empfindlichkeit bis zur Abschaltung der Grundwasserhaltung.
- j) Unverzügliche Informationen an die Wasserbehörde über sich abzeichnende oder entstehende Schäden an der Vegetation oder an Bauwerken im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung.
- k) Im Falle konkreter Gefahrensituationen (Havarien u. ä.) Veranlassung von Gegenmaßnahmen in Abstimmung mit den an der Bauausführung Beteiligten und dem Bauherrn zur Abwehr drohender Gefahren, wie z. B. weitere Setzungsmessungen oder vegetationskundliche Aufnahmen, die nach Zustimmung der Wasserbehörde umzusetzen sind.
- l) Kontrolle und fachliche Bestätigung des Rückbaus aller eingesetzten Teile der Grund-/Restwasserhaltungsanlage nach Beendigung der Maßnahme.
- m) Erstellung von wöchentlichen Überwachungsberichten sowie eines Abschlussberichtes unter ausschließlicher Verwendung der als Anlagen B und C der wasserbehördlichen Erlaubnis beigefügten Berichtsmuster.

Berichtskopf

Inhalt:

- Bezeichnung des Bauvorhabens, Grundstück/Flurstück/Straßenname, Nr. der Stellungnahme zur Tätigkeit des Betriebsbeauftragten

A Unterlagen

Inhalt:

- Im Berichtszeitraum an den Betriebsbeauftragten übergebene und geprüfte Unterlagen (z. B. Wasserbuch manuell/digital inkl. Außen- und Innenpegelständen, Förderranganglinien, ggf. Ergebnisse von Inklinometermessungen, Auswertung von Setzungsmessungen an der Nachbarbebauung, Bestandsplan der Wasserhaltungsanlage, Bohrprotokolle der Absenkbrunnen inkl. Schichtenverzeichnisse, Notdienstliste zur Grundwasserhaltung),
- Im Berichtszeitraum an den Betriebsbeauftragten noch nicht übergebene, aber noch erforderliche Unterlagen

B Bautätigkeit und Vorkommnisse:

Inhalt:

- Kurzdarstellung der im Berichtszeitraum erfolgten allgemeinen Bautätigkeit mit wasserrechtlicher Relevanz (z. B. Baugrubenarbeiten, Wasserhaltung, Einbringen/Einleiten von Stoffen),
- Darlegung besonderer Vorkommnisse mit wasserrechtlicher Relevanz (z. B. Havarien, zeitweiliger Ausfall der Wasserhaltungsanlage, Probleme bei der Baugrubenherstellung),
- Ausblick auf die im nächsten Berichtszeitraum zu erwartende Bautätigkeit sowie spezifische Problemstellungen

C Grundwasserentnahme und -analyse

Inhalt:

- Darlegung der im Berichtszeitraum in Bezug auf die wasserbehördlichen Erlaubnistatbestände (Wasserhaltungsarbeiten, Einbringen/Einleiten von Stoffen) durchgeführten Tätigkeiten des Betriebsbeauftragten (z. B. Abnahme von Wasserhaltungsanlagen, Kontrollmessungen an Außenpegeln, Baustellenbegehungen, Eingriffe in das Baugeschehen),
- Angabe der im Berichtszeitraum entnommenen Grundwassermenge und -rate sowie der Gesamtfördermenge,
- Kurzübersicht über die im Berichtszeitraum ermittelten Tiefstwerte der Außen- und Innenpegelstände (in Bezug auf die vor Beginn der Grundwasserhaltung jeweils ermittelten maximalen Grundwasserspiegel) in m NHN sowie Absolutwerten,
- Angabe in Bezug auf die im Berichtszeitraum erfolgte Ableitung des Förderwassers (z. B. Regenwasser-Kanalisation oder Mischwasser-Kanalisation),
- Angaben in Bezug auf die im Berichtszeitraum erfolgte Förderwasserbeprobung (turnusmäßig oder zusätzlich) sowie deren Analyseergebnisse (tabellarischer Soll/Ist-Vergleich)

D Zusammenfassende Beurteilung und Bewertung:**Inhalt:**

- Kurze Zusammenfassung aller unter den Punkten A – C aufgeführten Sachverhalte,
- Bewertung wasserrechtlicher relevanter Fakten (z. B. Analyseergebnisse der Förderwasserbeprobung,
- Einhaltung oder Überschreitung von Förderwassermengen und -raten, Ergebnisse von Setzungsmessungen an der Nachbarbebauung, ggf. Ergebnisse von Inklinometermessungen,
- Ausblick und ggf. Vorschläge bzgl. weiterer Überwachungserfordernisse u. ä.

Grußformel / Unterschrift**Anlagen:**

- ***Inhalt: Wasserbuch des Berichtszeitraumes und sonstige relevante Unterlagen***

Berichtskopf

Inhalt:

- Bezeichnung des Bauvorhabens, Grundstück/Flurstück/Straßenname

A Unterlagen

Inhalt:

- Im Berichtszeitraum an den Betriebsbeauftragten übergebene und geprüfte Unterlagen (z. B. Wasserbuch manuell/digital inkl. Außen- und Innenpegelständen, Förderranganglinien, Auswertung von Setzungsmessungen an der Nachbarbebauung, Bestandsplan der Wasserhaltungsanlagen)

B Bautätigkeit und Vorkommnisse:

Inhalt:

- Kurzdarstellung der im Berichtszeitraum erfolgten allgemeinen Bautätigkeit mit wasserrechtlicher Relevanz (z. B. Baugrubenarbeiten, Wasserhaltung, Einbringen von Stoffen),
- Darlegung besonderer Vorkommnisse mit wasserrechtlicher Relevanz (z. B. Havarien, zeitweiliger Ausfall der Wasserhaltungsanlagen, Probleme bei der Baugrubenherstellung),

C Grundwasserentnahme und -analyse

Inhalt:

- Angabe der im Berichtszeitraum entnommenen Grundwassermenge und -rate sowie der Gesamtfördermenge,
- Kurzübersicht über die im Berichtszeitraum ermittelten Tiefstwerte der Außen- und Innenpegelstände (in Bezug auf die vor Beginn der Grundwasserhaltung jeweils ermittelten maximalen Grundwasserspiegel) in m NHN sowie Absolutwerten,
- Angabe bzgl. der im Berichtszeitraum erfolgten Ableitung des Förderwassers (z. B. Regenwasser-Kanalisation oder Mischwasser-Kanalisation),

D Zusammenfassende Beurteilung und Bewertung:

Inhalt:

- Bewertung wasserrechtlicher relevanter Fakten (z. B. Analyseergebnisse der Förderwasserbeprobung, Überschreitung von Einleitwerten sowie deren Ursachen und Konsequenzen)
- Bewertung der Förderwassermengen und -raten, Ergebnisse von Setzungsmessungen an der Nachbarbebauung
- Vergleich der Ergebnisse mit den zur Erteilung der wasserbehördlichen Erlaubnis eingereichten Planungsunterlagen

Grußformel / Unterschrift